



Mecklenburg-Vorpommern

Starke Kommunen braucht das Land -

Unsere Leitlinien zur Kommunalwahl 2024 in Mecklenburg-Vorpommern

Beschlossen auf dem
39. Landesparteitag der CDU MV



LANDESVERBAND MECKLENBURG-VORPOMMERN

„Starke Kommunen braucht das Land-
Unsere Leitlinien zur Kommunalwahl
2024 in Mecklenburg-Vorpommern“

STARKE KOMMUNEN BRAUCHT DAS LAND – UNSERE LEITLINIEN ZUR
KOMMUNALWAHL 2024 IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorabbemerkung: Der folgende Text meint Frauen und Männer gleichermaßen, aufgrund der Lesbarkeit wird die männliche Form verwendet.

1. Einleitung

Wir wollen starke Kommunen für ein starkes Land. Wir Bürger erleben unsere Gesellschaft in dem Dorf, der Stadt oder dem Landkreis, in dem wir wohnen, arbeiten, einkaufen und unsere Freizeit verbringen. Dort entscheiden ehrenamtliche Gemeinde- und Stadtvertreter über alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft. Da, wo wir leben und durch das, was wir erleben, wird auch der Staat greifbar und nah. Dort werden die Auswirkungen der Politik des Landes, des Bundes oder aus Europa Realität reflektiert. In diesem unmittelbaren Lebensumfeld bildet sich jeder seine Meinung. Hier ist auch der Platz, an dem sich jeder an demokratischen Prozessen beteiligen kann. Die Kommunen sind das Rückgrat unseres Staates und unserer Gesellschaft. Mit den öffentlichen Angeboten der Kommunen kommen wir als Bürger am häufigsten in Kontakt. Eine gute Verwaltung arbeitet nicht nur effektiv und richtig, sondern bietet seine Dienstleistungen möglichst bürgernah und barrierefrei an. Wir wollen Rahmenbedingungen, die es den Kommunen ermöglichen, selbst entscheiden und gestalten zu können, was für sie am besten ist. Wir wollen weniger Gängelung durch immer neue Gesetze und Verordnungen der Landesregierung, größere finanzielle Spielräume für unsere Kommunen und eine Rückkehr zur echten kommunalen Selbstverwaltung. Dafür steht die CDU in Mecklenburg-Vorpommern. Wir wollen selbstbewusste, kritische Kommunalpolitiker und ehrenamtlich Tätige. Wir brauchen Bürgermeister, Gemeinde- oder Stadtvertreter, Kreistagsmitglieder, Feuerwehrleute, Vereinsfunktionäre und Kommunalverwaltungen, die mit Rückgrat und Engagement als Aushängeschild unseres Staates die Interessen von uns Bürgern vertreten können. Unsere Leitlinien bilden wichtige und aktuelle Schwerpunktthemen in den Kommunen sowie unsere zentralen Forderungen in der Landespolitik für die Kommunen ab. Unsere Gemeinden, Städte und Kreise brauchen konsequente Unterstützung durch das Land. Wir wollen

- weniger Belastungen für die Kommunen durch illegale Migration,
- bessere, einfachere digitale und bürgerfreundliche Verwaltungsprozesse in den Kommunalverwaltungen,
- mehr Unterstützung bei der Modernisierung und Erneuerung der Schulen,
- mehr finanzielle Spielräume auf der kommunalen Ebene,
- mehr Unterstützung bei der Modernisierung des ÖPNV und Möglichkeiten für Mobilität im ländlichen Raum,
- eine bessere Versorgung mit Sportstätten, insbesondere Schwimmhallen, ebenfalls durch Kooperation mit Dritten,
- mehr Unterstützung bei einer stabilen und hochwertigen Gesundheitsversorgung,
- mehr Beteiligung und Mitbestimmung bei der Gestaltung der Energiewende,
- mehr Unterstützung für Ehrenämter in den Kommunen, Vereinen und Kirchengemeinden,
- mehr Unterstützung bei der Modernisierung des Brand- und Katastrophenschutzes,
- mehr Gestaltungsfreiheit bei Flächennutzungen und baurechtlichen Fragen vor Ort.

2. Migration – Handlungsfähigkeit der Kommunen sichern, gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Migration steuern und begrenzen

Wir wollen eine gezielte und geregelte Arbeitskräfteeinwanderung, die uns nützt und nicht schadet. Wir wollen keine ungesteuerte, irreguläre Migration, die unser Asylsystem aushöhlt und unser Sozialsystem belastet. Die Kapazitäten unserer Kommunen sind erschöpft. Dies gilt unter anderem für Wohnraum, Integration und soziale Betreuung. Endlich sind zudem die Kapazitäten des zivilgesellschaftlichen Engagements, ohne die eine erfolgreiche Integration letztlich nicht erfolgen kann. Eine Überforderung der Kommunen und der lokalen Akteure, wie sie aktuell durch die Berliner Ampel und die Schweriner Linksregierung verursacht wird, muss daher um jeden Preis verhindert werden. In den letzten Jahren sind aufgrund der extrem hohen Zuwanderungszahlen, insbesondere irregulärer Migrantinnen, die Kommunen jedoch an ihre Belastungsgrenze gekommen. Die Handlungsfähigkeit und die Wahrung der Integrationsmöglichkeiten können daher nur durch eine effektive Steuerung und Begrenzung der Migration erreicht werden. Dafür braucht es auch eine stärkere finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Schulung von Personal für Integrations- und Bildungsmaßnahmen. Außerdem sollen die Bürger durch Informationsveranstaltungen besser in die Entscheidungen einbezogen werden. Nur so können wir den schutzsuchenden Menschen, die zu uns kommen, auch wirklich gerecht werden und ihnen ein Leben in Würde in unserer Mitte ermöglichen. Die Landesregierung muss genau das an die Verantwortlichen im Bund adressieren. Zum anderen sind illegal sich im Land aufhaltende Migrantinnen schnell und konsequent abzuschicken. Für diejenigen mit einer ordentlichen Bleibeperspektive sind Deutschkurse und Integrationsmaßnahmen zu gewährleisten, um eine zügige Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen. Wir fordern, dass nur Menschen mit Bleibeperspektive den Gemeinden zugewiesen werden. Es muss verhindert werden, dass die Kommunen die Defizite anderer staatlicher Ebenen, wie z.B. überlange Asylverfahren, mit ihren Bürgern und ihrem Personal ausbaden müssen und selber in Überforderungssituationen kommen. Zur Eindämmung der unkontrollierten Asyleinwanderung müssen durch den Bund umgehend Maßnahmen zur Senkung der Anreize beschlossen, durchgesetzt und publiziert werden. Auch die von der Bundesregierung beschleunigte Einbürgerung zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft ist ein Fehlanreiz und führt zu einer zusätzlichen Belastung.

3. Kommunen weiter zu attraktiven Wirtschaftsstandorten entwickeln
Wir wollen wirtschaftlich attraktive Kommunen als Garanten für gute Arbeitsplätze und beste Standorte für bestehende und zukünftige Unternehmen. Wir wissen um deren Bedeutung für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, für unsere Innovationskraft im Land und die breite gesellschaftliche Unterstützung, die sie den Vereinen und Initiativen geben. Dieses Engagement der kleinen- und mittelständischen Betriebe, der Handwerker, Dienstleister und Selbstständigen gilt es stärker anzuerkennen. Zugleich brauchen sie, beginnend auf der kommunalen Ebene, bestmögliche Rahmenbedingungen für ihre Schaffenskraft. Wir wollen für alle Gewerbestandorte in Mecklenburg-Vorpommern schnellste Internetverbindungen und zuverlässige Verkehrsanbindungen sowie ausreichende Stromversorgung. Dafür muss auch der Ausbau von Glasfaser- und Breitbandleitungen schneller vorangehen, so dass zukünftig überall schnelles Internet zur Verfügung steht. Der flächendeckende Ausbau dieser leistungsstarken Netze hat bis 2025 zu erfolgen, um möglichst einen mobilen Standard von 5 G zu erreichen. Das Land muss hier die notwendige Unterstützung gewährleisten. Wir wollen verhindern, dass die kleinen Städte in unserem Bundesland unter einem großen Leerstand in den Innenstädten leiden. Diesem wollen wir durch

innovative Konzepte entgegenwirken. Wir wollen schlanke und bürokratiearme Genehmigungsverfahren und fordern auch von kommunalen Verwaltungen, sich als Dienstleister gegenüber den Unternehmen zu verstehen. Das Land muss die dazu erforderliche Digitalisierung auf kommunaler Ebene endlich unterstützen. Wir wollen die Wirtschaftsförderung aus den Gemeinde-, Stadt- und Kreisgrenzen herausholen und gemeinschaftliches Denken in größeren Räumen forcieren. Eine überregionale Ansiedlungspolitik bietet Investoren flexiblere Flächenoptionen und wirkt nachweislich attraktiver. Wenn mehrere Kommunen verbindlich zusammenarbeiten, gewinnen alle Beteiligten. Gleiches gilt für die Tourismusentwicklung in den Kommunen. Investitionen zur Attraktivitätssteigerung müssen fortan im Verbund realisiert und vermarktet werden. Der Ausbau des Radwegenetzes ist ein Beispiel. Das Land muss weitaus stärker mit seinen Möglichkeiten helfen und Kommunen dabei stärker unterstützen. Eine landesseitige Bevormundung in den Tourismusregionen lehnen wir hingegen strikt ab. Wir wollen der Landwirtschaft in den ländlichen Räumen endlich wieder mit Stolz und Anerkennung begegnen und gleichzeitig die Rahmenbedingungen für die konventionelle und ökologische Landwirtschaft verbessern. Es braucht – ebenso wie in der gesamten Wirtschaft – ein Belastungsmoratorium also keine weiteren Belastungen und Einschränkungen im unternehmerischen Handeln, um den allgegenwärtigen Krisen zu trotzen. Wir wollen zudem unseren Zentren landesseitig stärker helfen, als Leuchttürme für unser Land national und international zu wirken. Damit meinen wir nicht nur finanzielle Anreize für Stadt-, Unternehmens- und Kulturentwicklungen, sondern ein neues internationales Marketing, das unseren größeren Städten die Chance bietet, für Investoren und Touristen gleichermaßen weltweit auf sich aufmerksam zu machen. Das Landesmarketing muss sich hier im Zusammenspiel mit den Kommunen neu erfinden.

4. Ein Bürgeramt für alles vor Ort

Wir wollen ein Bürgeramt für alles vor Ort. Das Amt soll zu den Bürgern kommen. Der Zugang soll unkompliziert auf drei Wegen erfolgen können. Die Basis sind gut durchdachte und einfach zugängliche digitale Angebote. Ziel ist, möglichst viele Angebote abschließend von der Wohnzimmercouch erledigen zu können. Jede Dienstleistung muss digital verfügbar sein. Der zweite Weg von der Wohnzimmercouch ist der telefonische Zugang zur Behörde, die bei Unsicherheiten weiterhelfen und kompetent und verbindlich zur erfolgreichen Bearbeitung der Dienstleistung führt. Als dritter Weg ist das Bürgeramt vor Ort in jedem Amt persönlich ansprechbar und wird dabei unterstützen, die digitale Behördenwelt zu meistern. Der Zuständigkeitsdschungel der verschiedenen Behörden soll hier gerodet werden, da dies ein Amt für alles ist. Alles andere wird im Hintergrund durch die digitalen Prozesse erledigt. Wir wollen smarte Gesetze. Ein digitales Bürgeramt ist nur so gut, wie die Gesetze, die die Verwaltungsleistungen bestimmen. Die Gesetzgebung muss die digitale Verwaltung von Anfang an mitdenken. Es darf nicht sein, dass Gesetze sich an der analogen Verwaltung orientieren und diese analogen Abläufe lediglich digitalisiert werden. Ein smartes Gesetz ist daher bestenfalls ein schlankes Gesetz. Ellenlange Anträge aufgrund unnötig komplizierter gesetzlicher Vorgaben, die keinen Mehrwert bringen, müssen der Vergangenheit angehören. Wir wollen Modellregionen zur Erprobung der Nutzung von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung. Viele Verwaltungsaufgaben sind automatisierbar. Wir wollen die Verwaltungen entlasten und zugleich Kapazitäten für die Beratung und Betreuung der Bürger freimachen. Denn das

Amt kommt zu den Bürgern und hat ein Ohr für deren Anliegen. Das digitale Bürgeramt ist mehr für den Bürger da, weil Routineaufgaben nicht mehr durch die Mitarbeiter erledigt werden müssen. Wir wollen eine massive Unterstützung durch das Land. Das Land steht in der Pflicht, die Kommunen auskömmlich auszustatten und diese bei der Digitalisierung nicht im Stich zu lassen. Dazu gehören einerseits Geld- und andererseits Unterstützung durch zentrale Entwicklungs- und Programmierleistungen. Dazu gehört vor allem die Entwicklung und Bereitstellung von digitalen Angeboten, beispielsweise Gemeinde-Apps als einheitliche Lösungen und einfache Informationsplattformen für die Bürger. Seit Jahren erleben wir, dass immer mehr Aufgaben auf die Kommunen übertragen werden, ohne dass diese hierfür ausreichend ausgestattet werden. Das muss ein Ende haben.

5. Beste Rahmenbedingungen für gute Bildung und Betreuung
Wir wollen ein Schulbauprogramm, das seinen Namen verdient. Bis 2030 soll jede Schule in unseren Kommunen auf einem modernen Stand sein. Dazu gehören aus unserer Sicht ein leistungsstarkes WLAN, digitale Lernangebote und attraktive Räumlichkeiten. Gleichzeitig ist zu prüfen, inwieweit „digitale Hausmeister“ zu integrieren sind. Die Einhaltung von modernen Mindeststandards darf nicht vom Haushalt der Kommune abhängen. Es ist ein Unding, dass SPD und Linke das von uns initiierte Schulbauprogramm beerdigt haben. Die Kommunen werden bei der Bewältigung des Sanierungsstaus allein gelassen. Dies geht zu Lasten der Kinder und Jugendlichen an unseren Schulen. Eine gute Lernumgebung ist jedoch unabdingbar für den Lernerfolg. Zugleich wollen wir die Standards für den Schulbau überprüfen und anpassen. Es muss ein einheitliches Leitbild geben für die Schule 2030. Wir wollen, dass Schulschließungen, insbesondere auf dem Land, verhindert werden. Einerseits würde sonst nur die Attraktivität des Lebens im ländlichen Raum massiv sinken, gerade mit Blick auf den Zuzug junger Menschen. Andererseits haben unsere Schulkinder schon heute aufgrund des Flächenlandcharakters Mecklenburg-Vorpommerns sehr lange Schulwege, die nicht noch länger werden dürfen und so ortsnahe Bildungseinrichtungen voraussetzen. Wir wollen eine gute und bezahlbare Schulverpflegung für alle. Die Kosten für eine Mahlzeit sollen bei 4,50 EUR gedeckelt werden. Damit ermöglichen wir die Nutzung des bezahlbaren Mittagsangebotes für alle, ohne den Wert des Essens zu mindern und die Eltern aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Wir wollen an jeder Schule mindestens einen Schulsozialarbeiter. Diese müssen eigenständig durch das Land finanziert werden. Die Abhängigkeit von der Mittelbewilligung durch europäische Mittel muss beendet werden. Damit gewährleisten wir Planungssicherheit und die Qualität des Angebots. Schulen sind zunehmend mit vielfältigen Herausforderungen auf der sozialen Ebene konfrontiert. Schulsozialarbeiter leisten einen wichtigen Beitrag zum Umgang mit diesen Herausforderungen. Zugleich entlasten wir so die Lehrer und steigern die Unterrichtsqualität. Wir wollen ein vielfältiges Ganztagsangebot. Schule, Sport und Jugendarbeit gehen Hand in Hand. Die Ganztagschule ist für uns der Mittelpunkt der Gemeinschaft. Sport, Musik, Feuerwehr und sonstige Angebote müssen Teil des Ganztagsangebots sein. Durch diese soll insbesondere der Schulsport gefördert und durch Kooperation mit den ortsansässigen Vereinen verbunden werden. Um dies erreichen zu können, müssen alte Sporthallen und –anlagen zwingend modernisiert werden. Wir wollen Kinder und Jugendliche für ehrenamtliches Engagement begeistern und ein niedrigschwelliges Angebot sicherstellen. Wir wollen zugleich eine offene Schule, in der Feuerwehr, Vereine, Polizei, Bundeswehr und die Wirtschaft

willkommen und Kooperationspartner sind. Nur wenn die Schüler die vielfältigen Angebote kennen, können sie sich umfassend informieren und entsprechend ihrer Interessen orientieren. Das stärkt die Willensbildung und somit die Zivilgesellschaft. Wir wollen eine vollständige Übernahme der Kosten für die kostenfreie Kita durch das Land. Hiermit erweitern wir den finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen für Investitionen und erhalten zugleich das kostenfreie Angebot der Kinderbetreuung aufrecht. Das Land muss hier seiner Verantwortung gerecht werden und darf die Kommunen nicht auf den von ihm als Land aufgedrückten Kosten sitzen lassen. Kita- und Hortplätze haben nicht nur durch Rechtsansprüche in ausreichender Zahl vorhanden zu sein. Beide gehört zu einer hochwertigen frühkindlichen Bildung dazu. Die Ausbildung von Lehrern und Erziehern muss durch das Land forciert werden. Wir wollen einen starken Berufsschulstandort Mecklenburg-Vorpommern. In Zeiten von Fachkräfte- und Auszubildendenmangel benötigen wir ortsnahe und attraktive Berufsschulen. Die Kommunen und das Land müssen alles daransetzen, vorhandene Standorte zu sichern und zu verbessern. So können kommunale Angebote dem großen Mangel an Fachkräften entgegenwirken.

6. Finanzen – Mehr Kommune, weniger Land – Paradigmenwechsel einleiten
Wir wollen die Kommune 2030 – mehr Kommune, weniger Land. Unsere Kommunen sind die Keimzelle unseres Staates und unserer Demokratie. Wir wollen, dass die kommunalen Vertreter das machen, wofür sie gewählt sind. Sie sollen eigene Schwerpunkte setzen können. Das Land setzt den Rahmen, aber die Kommunen handeln eigenverantwortlich. Wir wollen nicht weniger als einen Paradigmenwechsel. Eine auskömmliche Finanzausstattung ist eine aufgabengerechte Finanzausstattung. Diese muss der zunehmenden Übertragung von Aufgaben durch Bund und Land Rechnung tragen und die Kommunen mit den finanziellen Folgekosten nicht allein lassen. Wir wollen, dass am Ende Förderprogramme überflüssig sind, weil die Finanzausstattung ausreichend ist, um selbstständig und eigenverantwortlich die Vorhaben zu finanzieren. Das Land spart dabei Personal und Ressourcen. So werden finanzielle Spielräume für die Kommunen frei. Wir wollen – bis der Paradigmenwechsel umgesetzt ist – ein kommunales Infrastrukturprogramm. Der erhebliche Investitionsstau muss behoben werden. Damit sichern wir die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

7. Mobilität für alle
Wir wollen Mobilität für alle und überall in unserem Land. Wir wollen, dass insbesondere Senioren auch weiterhin auf dem Dorf leben und dennoch alle notwendigen Einrichtungen erreichen können. Hierzu bedarf es flexibler Angebote. Ein günstiges Seniorenticket im ÖPNV ist gut. Wenn aber nur der Schulbus in den Ort kommt, bleiben rabattierte Fahrkarten wertlos. Zudem müssen Schüler sowie Studenten bei den Angeboten des ÖPNV durch eigene Schüler- und Studententickets berücksichtigt werden. Es braucht eine echte Angebotsoffensive. Dafür muss das Land die angesparten Bundesmittel komplett für Investitionen in Fahrzeuge und Linien freigeben. Wir wollen, dass stillgelegte Bahnstrecken in unserem Bundesland wieder reaktiviert werden. Wir wollen eine grenzenlose Mobilität. Das ÖPNV-Angebot darf nicht an der Kreisgrenze Halt machen. Die Angebote müssen landesweit vernetzt werden. Bus und Bahn sind als ein Angebot zu denken. Wir wollen einen gezielten Ausbau des Rufbussystems sowie die Schaffung neuer Angebote im Bereich Car-Sharing. Wir wollen Modellregionen für einen autonomen ÖPNV. Ein flächendeckendes

ÖPNV-Netz mit menschlichen Fahrer ist aufgrund des bereits heute bestehenden Arbeitskräftemangels illusorisch. Autonome Angebote im ländlichen Raum können einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der Anbindung an das regionale und überregionale Netz liefern. Die Voraussetzungen sind in Modellprojekten zu erproben. Wir wollen, dass zur Mobilität auch in Zukunft das Auto gehört. Gerade in den ländlichen Regionen wird das eigene Auto unverzichtbar bleiben. Deshalb darf die Ertüchtigung der Straßeninfrastruktur nicht vernachlässigt werden. Kommunen brauchen finanzielle Mittel, um Straßen, Brücken, aber auch Wege in einem guten Zustand zu halten und wo erforderlich, auch auszubauen. Die Infrastrukturpauschale muss auch deshalb aus Landesmitteln deutlich aufgestockt werden. Wir wollen ein lückenloses Radwegenetz für Mecklenburg-Vorpommern. Das muss mit Hilfe des Landes perspektivisch sichergestellt sein. Radwege sind nicht nur für die touristische Infrastruktur wesentlich, sondern auch und vor allem für die Menschen im Land zunehmend wichtiger. Radfahren ist ein entscheidender Bestandteil unserer alltäglichen Mobilität.

8. Bestmögliche Gesundheitsversorgung vor Ort – Soziales Leben absichern
Wir wollen die medizinische Versorgung überall im Land sicherstellen. Eine gute Grundversorgung darf nicht vom Wohnort abhängig sein. Dazu ist es wichtig, gerade die kleineren Krankenhäuser auf dem Land zu erhalten und zu stärken, damit diese eine medizinische Grundversorgung ortsnah anbieten können. Wir wollen die Landarztquote auf weitere Fachgebiete ausweiten sowie die Zahl der ausgebildeten Ärzte erhöhen. Die Verteilung der Arztsitze muss überprüft und der ländliche Raum hier stärker berücksichtigt werden. Wir wollen die Telemedizin stärken. Als ergänzendes Element kann die Telemedizin einen wichtigen Beitrag leisten, die Qualität der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum unter anderem bei Notfällen, aber auch zur Abklärung von ersten Symptomen, zu verbessern und die Notwendigkeit von Fahrten zu reduzieren. Dies hilft insbesondere unseren Senioren, deren Mobilität mitunter eingeschränkt ist. Außerdem wollen wir innovative Rettungskonzepte wie beispielsweise den Einsatz von Rettungsdrohnen fördern.

Wir wollen Jugend-, Familien- und Seniorenangebote in den Kommunen unterstützen. Mit zu initiiierenden Angebotsmessen können Vereine, Verbände und soziale Partner gezielt Menschen erreichen. Wir wollen eine stärkere Barrierefreiheit. Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen haben ein Recht, wie alle anderen auch, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Investitionen in diesem Bereich müssen eine stärkere Förderung erfahren, insbesondere bei der Umsetzung der UN-Behindertenkonvention bedarf es der Unterstützung des Landes.

9. Energieland M-V – Die Erneuerbaren Energien für die Menschen umsetzen
Wir wollen eine Energiewende mit Augenmaß. Die Kommunen und ihre Bürger sind beim Ausbau stärker einzubeziehen. Der „Schreiadler“ ist nicht schützenswerter als der Mensch. Eine Verspargelung der Landschaft darf es nicht geben. Der Abstand von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung sollte mindestens 1.000 Meter betragen. Die Entscheidungskompetenz für die Ansiedlung jeglicher Form von Erneuerbaren Energien muss bei den Kommunen liegen. Wir wollen einen Ausgleich für die betroffenen Anlieger von Energieerzeugungsanlagen. Regionale Stromtarife mit einer Entlastung in Höhe von bis zu 50 Prozent sind ein probates Mittel der Wahl. Wir wollen die Offshore-Windkraft in die Bedarfsermittlung einbeziehen. Mecklenburg-

Vorpommern kann im Gegensatz zu den Binnenländern nicht die doppelte Last tragen und an Land zum Aufbau unnötiger Kapazitäten gezwungen werden. Flexiblere Ausschlusskriterien sind notwendig.

10. Ehrenamt als Fundament stärken

Wir wollen das Ehrenamt nach vorne rücken. Wer sich ehrenamtlich für unsere Gesellschaft engagiert, verdient Respekt und Unterstützung durch Landes- und Bundespolitik. Nur mit einem starken Ehrenamt funktioniert das öffentliche Leben. Alle staatlichen Ebenen haben die Pflicht, das Ehrenamt mehr wertzuschätzen und mehr zu unterstützen. Ehrenamt ist keine Selbstverständlichkeit, aber zugleich Garant des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Deshalb muss das Ehrenamt bei allen Entscheidungen stärker mitgedacht werden. Ehrenamtliche Mandatsträger der Kommunen sollen selbstbewusst und eigenverantwortlich die Belange in ihrer Kommune regeln. Wir wollen den politischen Rahmen so gestalten, dass mehr Handlungsfreiheit und mehr Verantwortung getragen werden können. Dazu wollen wir mehr Kompetenzen auf diese Ebene übertragen. Ehrenamtliche Bürgermeister, Gemeinde- oder Stadtvertreter dürfen nicht als Bittsteller behandelt werden. Dazu müssen Fördersysteme und die Kultur der Verwaltungen geändert werden. Auch die Organisationen, die ehrenamtlich für unsere Sicherheit sorgen, müssen für ihre Aufgaben bestmöglich ausgerüstet werden können. Wir wollen deshalb daran festhalten, die Feuerwehren auch künftig besser auszustatten. Alle Einsatzlagen müssen bewältigt werden können. Wir wollen mehr Angebote für Kinder und Jugendliche, die den Wert dieser Art des Ehrenamtes vermitteln. Erfolgreiche Projekte wie das Schulfach Feuerwehr und die Brandschutzfrüherziehung wollen wir ausweiten und flächendeckend in Mecklenburg-Vorpommern möglich machen. Der jährliche internationale Tag der Feuerwehrleute ist durch öffentliche Institutionen zu würdigen und in die Öffentlichkeitsarbeit aufzunehmen. Wir wollen mehr in den Katastrophenschutz investieren und denjenigen, die sich dort engagieren, bessere Rahmenbedingungen geben. Auch andere Ehrenämter in Vereinen sind eine wichtige Säule für eine lebenswerte Gesellschaft. Wir wollen deshalb das Ehrenamt insgesamt von Bürokratie und Abgaben entlasten. Ehrenamtliches Engagement darf nicht durch staatliche Gängelung beeinträchtigt werden. Ehrenamtliches Engagement muss von staatlicher Last befreit werden. Wir wollen den Sport als wichtigstes Ehrenamt und häufigste Freizeitbetätigung besser ausstatten. Die Vereine müssen von bürokratischen Lasten befreit werden. Förderprogramme des Landes sollen fortan ausschließlich durch den Landessportbund vergeben werden. Die Fördermittel sind mit einer jährlichen Dynamisierung auszustatten.

Wir wollen die Kulturarbeit in den Kommunen durch das Land umfassend fördern. Gerade die Kultur- und Bodendenkmäler sind Zeugnis unserer Geschichte und unserer Traditionen. Zugleich gehören sie zu unserer touristischen Infrastruktur. Sie brauchen stärkere finanzielle Zuwendungen, um sie zu erhalten. Die Theater, Museen und auch Kinos sind Orte der Begegnung und des kulturellen Lebens. Die müssen zeitgemäß Unterstützung erfahren.

Wir wollen die Ehrenamtskarten stärken. Es bedarf zusätzlicher Vorteile für die Nutzer und eine breitere Basis. Wir wollen die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit mit den Kirchen stärker hervorheben und pflegen. Das vielfältige Engagement von Christen vor Ort basiert auf dem Fundament christlicher Werte und ist unverzichtbar für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Wir fordern, dass das Ehrenamt sichtbarer und in unserer Gesellschaft mehr wertgeschätzt wird.

11. Mehr Gestaltungsfreiheit bei der räumlichen Gemeindeentwicklung

Wir wollen die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in unserem Land. Stadt und Land bilden kein Gegensatzpaar. Die Lebensgrundlagen müssen adäquat in allen Regionen gesichert werden. Dabei kann die individuelle Ausgestaltung nur vor Ort geregelt werden. Hier dauern Verfahren zu lange. Deshalb brauchen wir mehr Entscheidungsfreiheit in Fragen der Flächennutzung und in baurechtlichen Fragen vor Ort. Wir wollen dem ländlichen Raum wieder die angemessene Wertschätzung entgegenbringen. Gemeindeentwicklung gleicht dort derzeit eher einem langjährigen Antragsmarathon. Durch mehr Kompetenzen zur Gestaltung wird die Attraktivität der Kommunen im ländlichen Raum gesteigert. Zugleich erhalten die Gemeinden mehr Freiheiten bei der Entwicklung und zur Ansiedlung von Bürgern und Unternehmen. Wir wollen unsere Gemeinden in der Bewältigung des Klimawandels stärken. Extremwetterereignisse, Dürren und lange Hitzeperioden betreffen auch unsere Kommunen und belasten die Bürger. Die Versorgung mit Grundwasser gerät in einigen Regionen und Perioden an seine Grenzen. Dieses hohe Gut schützen und bewahren wir. Wir fordern eine Landesinitiative, die sich mit der Zukunftssicherheit der Wasserversorgung befasst und auf wissenschaftlicher Basis flächendeckend die Entwicklung prognostiziert und Sicherungsmaßnahmen vorschlägt. Wir fordern, dass frühzeitig Möglichkeiten geschaffen werden, die es Kommunen ermöglicht, Wasseraufbereitungs- und Meerwasserentsalzungsanlagen zu errichten und so das natürliche Grundwasservorkommen zu schützen und zu entlasten. Wir wollen die Kleingärtner schützen. Die Entwicklung der Kommunen muss im Einklang mit der Bewahrung bestehender Kleingärten erfolgen. diese sind nicht nur Rückzugsraum in Städten, sondern leisten einen wichtigen Beitrag zur Artenvielfalt und Klimaresilienz der Städte.